Ein Kirchenstreit in Iserlohn im Jahre 1768

Die weit verbreitete Meinung, daß die evangelischen Prediger der Aufklärungszeit der Indifferenz gegenüber der Religion, die in weiten Kreisen der Bürgerschaft vertreten wurde, Vorschub geleistet haben, ist in dieser allgemeinen Fassung nicht zu halten. Mögen es einzelne von ihnen den Bürgern gleichgetan haben, so spricht doch ihr Verhalten nicht weniger gegen diese Auffassung. Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß die Prediger der Lessingzeit, selbst wenn sie dem Vernunftglauben huldigten, gerade hinsichtlich des sittlichen Verhaltens ein lebendiges Empfinden und ein waches Gewissen besaßen und die vorhandenen Mängel, die sie deutlich sahen, keineswegs kritiklos hinzunehmen bereit waren. Die Prediger dieser Zeit waren sich in der Regel bewußt, Lehrer ihrer Gemeinde zu sein und ihre Aufgabe nur dann recht zu erfüllen, wenn sie jede sittliche Überschreitung als solche kennzeichneten und öffentlich strafteten.

Es sei dahingestellt, ob in der Grafschaft Mark, und zwar in den lutherischen ebenso wie in den reformierten Gemeinden, die einst streng geübte Kirchenzucht noch unvergessen war oder ob die Überlieferung durch die Kriegsläufe gelockert worden war. Abgesehen von gelegentlichen Einflüssen hatte der Pietismus in Iserlohn keine wesentliche Rolle gespielt. Bürger und die von den Gemeinden gewählten Prediger nahmen im allgemeinen dieselbe innere Haltung ein, so daß der Konflikt, der sich im August 1768 zwischen einer Gruppe von Bürgern und einem Prediger ergab, weniger auf theologische Gründe oder kirchliche Positionen zurückzuführen sein wird als vielmehr auf das allgemeine moralische Empfinden. Da die Bürger um diese Zeit sich durchaus noch zur Kirche hielten, kann von völliger Indifferenz keine Rede sein. Daher ist auch nicht anzunehmen, daß diese Bürger dem Pfarrer grundsätzlich das Recht absprachen, als Wächter über die öffentliche Sittlichkeit, wie es der friderizianische Staat erwartete, zu fungieren.

Die Akten über den genannten Konflikt in Iserlohn, die Pfarrer H. M. Herbers aus dem Pfarrarchiv ermittelt und vervielfältigt hat, spiegeln folgenden Sachverhalt wider:

Am 5. August 1768 hatte sich in Iserlohn eine Magd „den Hals fast gantz abgeschnitten“, d. h. einen Selbstmordversuch gemacht. Nach Meinung des Pfarrers hätte die Bürgerschaft Anlaß gehabt, in dieser Unglückswoche keine Festlichkeiten zu veranstalten. Bürgerschaft und Schützenkompanie dachten aber nicht daran, aus diesem Grunde das Schützenfest abzusagen. Sie waren zwar durch den Vorfall „in Erstaunen gesetzt worden“, aber tiefer ging das Mitgefühl nicht.

Der 37jährige aus Essen stammende luth. Pfarrer Jacobus Griesenbeck, der seit fünf Jahren an der Oberen Stadtkirche zu Iserlohn wirkte, hatte am Schluß seiner Sonntagspredigt zu dem lauten Treiben in der Stadt, zu dem Trommeln, Schießen, Tanzen und Feuerwerk in der „Unglückswoche“ Stellung genommen. Wie er später in seiner Denkschrift schrieb, konnte er nicht umhin, „einige erinnernde Anmerkungen ganz am Ende der Predigt hinzuzuthun“.

Manche Bürger fühlten sich verletzt, verlangten das Konzept seiner Predigt und veranlaßten eine Unterschriftensammlung, um den Pfarrer Griesenbeck in Berlin zu verklagen. Die Freunde des Pfarrers dagegen gaben seine Predigt in Druck. Griesenbeck selbst schickte einen Bericht voraus, um den Zusammenhang deutlicher zu machen. Die Schrift sollte nicht nur der lutherischen Synode der Mark, sondern auch dem Oberkonsistorium in Berlin und, wenn es sein sollte, allen Theologischen Fakultäten in Deutschland vorgelegt werden.

Das Thema der Predigt, der der Text Off. Joh. 3, 14.16 zugrunde lag, hieß: Religionsheuchelei. Im Vorbericht teilte der Prediger mit, daß er schon am Sonntag vor drei Wochen über den 15. Vers desselben Kapitels gepredigt und in allgemeiner Weise dasselbe Thema behandelt habe. Diese Predigt vom 14. August (11. S. p. Trin.) sollte die Fortsetzung sein und die Anwendung auf das Leben bieten. Aber erst im zweiten Teil seiner Predigt wird der Prediger wirklich konkret. Da führt er aus, daß seine Betrachtungen zur Warnung und zur Erweckung dienen sollen. Dabei geht er auf die arme Magd ein, die nach ihrem sittlichen Fall Hand an sich legte, durch tiefe Buße aber zu einer geretteten Sünderin geworden sei und nun als Beispiel der Gnade Gottes hingestellt werden könne. Zum Schluß spricht der Prediger die Vermutung aus, daß während des Schützenfestes nicht alles ganz rein abgegangen sei. Ohne bestimmte Verdachtsmomente zu äußern, sagt er, „daß unsere Stadt nun so verstellt wird“. Seine Zuhörer sollten sich nach Gottes Wort und nicht nach den Regeln der Welt richten. Sie sollten nicht „gegen die Regeln der Anständigkeit, gegen die Menschenliebe und das wahre Christentum verstoßen“.

Anlaß zur Klage war diese Verdächtigung, daß es beim Schützenfest nicht sauber zugegangen sei. Die Gegner des Pfarrers beriefen sich bezeichnenderweise auf die Edikte des Großen Kurfürsten von 1664, die den Predigern, wie es in der Anklageschrift hieß, alles Schimpfen von der Kanzel verbot, also jenes Edikt, das Paul Gerhardt nötigte, Berlin zu verlassen. Nun forderte die Schützenkompanie Genugtuung. Ihre Sprecher waren der Stadtsekretär und Auditor J. H. R. Gronenberg und der Auditor R. C. Trogelius. Der Pfarrer verweigerte ihnen die Aushändigung seiner Predigt und verbat sich Eingriffe in sein Amt. Wenn die Kläger behaupteten, er habe den Vornehmen an die Ehre

gegriffen, so antwortet er mit der Frage: „Soll es soviel heißen: den gemeinen Leuten kann man die Wahrheit sagen, aber den Vornehmen nicht? Sonderbare Denkkungsart!“

Ob die Streitsache in der Märkischen Synode behandelt wurde und ob sie an das Oberkonsistorium in Berlin gegangen sei, ist unbekannt. Entweder der Pfarrer Griesebeck oder sein Inspektor haben sich jedenfalls darum bekümmert, daß Gutachten über die Predigt eingeholt wurden. Ein solches liegt vor von Senior und sämtlichen Predigern des Ministerii zu Frankfurt am Main vom 14. September 1768. Auffällig ist es, daß die Frankfurter so schnell reagierten. Möglicherweise haben hier doch pietistische Beziehungen mitgewirkt. Die Entscheidung fällt für Griesebeck aus. Ihm wird bescheinigt, daß er seine Pflicht erfüllt hat. Das Frankfurter Ministerium stellt sich dabei auf den Standpunkt, daß „ein weltüblicher Tanz“ nicht zur Ehre Gottes gereiche. „Folglich gehört er auch unter diejenigen Handlungen, welche ein Christ mit gutem Gewissen nicht vornehmen kann.“ Die Frankfurter lehnen die Position ab, daß Tanzen zu den Adiaphora gehöre. Darin spiegelt sich die Auffassung, die in Frankfurt auch hundert Jahre nach Spener noch dominierte.

Weitere Folgen hatte der Streit in Iserlohn offenbar nicht. Jacobus Griesebeck blieb in seinem Amt. Im folgenden Jahr stiftete er ein Kapital zur Errichtung einer Armen- und Waisenschule, zu der 1771 der Grundstein gelegt wurde. 1776 konnte das Haus bezogen werden. Ob diese Stiftung in einem Zusammenhang mit dem Konflikt von 1768 steht, bleibt fraglich. Die Gemeinde achtete ihn sehr und betrauerte ihn, als er mit 52 Jahren an der Gicht starb.